

Vorbild Stauffenberg?

Der 20. Juli 1944 und die postheroische Gesellschaft

Von Klaus Naumann

Im Rahmen der hitzigen Diskussionen über seine soeben erschienene Stauffenberg-Biographie wartete Thomas Karlauf¹ mit einer Pointe auf, die es in sich hat. Der Graf, so Karlauf, gehöre „in die Mitte der Gesellschaft“. Als seine Gesprächspartnerin etwas konsterniert erwiderte, er, Stauffenberg, sei „ja nicht die Mitte Gesellschaft“, fuhr Karlauf fort: „Diesen Widerspruch muss eine Gesellschaft aushalten, ohne dass wir ihn vorher zum Gutmenschen präparieren müssen, damit er passt.“² Genau das vermeidet Karlauf in seiner Biographie, indem er gerade nicht nach „makellosen Drachentötern“ sucht, sondern die historischen Personen des 20. Juli 1944 zur Anschauung bringt.³

Dreifache Bindungen prägten die Persönlichkeit des Grafen Claus Schenk von Stauffenberg und bestimmten seine nationalkonservative Grundhaltung – die Zugehörigkeit zur katholischen Adelswelt, die Verbundenheit mit dem Offizierkorps und die geistige Beheimatung in der mythenbeladenen Welt des Dichterfürsten Stefan George. Vor diesem Hintergrund war die Affinität des späteren Attentäters zum nationalsozialistischen Regime und vor allem zum Kriegsherren Hitler wenig verwunderlich. Die Loyalität Stauffenbergs hielt – trotz aller Klage über die NS-Führung – lange vor, nämlich bis zur Kriegskrise von 1942, als sich die militärische Niederlage Deutschlands abzuzeichnen begann und die Regimeverbrechen schon ihren Höhepunkt erreicht hatten.

Als Teilnehmer des Polenfeldzugs räsionierte Stauffenberg im Herbst 1939 über den „unglaublichen Pöbel“, die „vielen Juden“ und „sehr viel Mischvolk“.⁴ Dennoch wurde ausgerechnet Stauffenberg und kein anderer zum Zentrum des militärischen Widerstands und zum entschlossen handelnden Attentäter, als andere zögerten. Diesen Widerspruch, um mit Karlauf zu sprechen, „muss die Gesellschaft schon aushalten“.

Sein Anstoß könnte dazu beitragen, den bevorstehenden 75. Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 mit einigen dringenden Klärungen zu begleiten. Denn längst leben wir nicht mehr in der Erfahrungswelt der natio-

1 Thomas Karlauf, Stauffenberg. Porträt eines Attentäters, München 2019.

2 „Stauffenberg gehört in die Mitte der Gesellschaft.“ Ein Gespräch mit dem Biographen Thomas Karlauf, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS), 17.3.2019, S. 45.

3 So Stephan Malinowski, Heldentod. Stauffenberg, der Adel und der Widerstand, in: FAS, 31.3.2019.

4 Dazu Karlauf, a.a.O., S. 160; Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 2014, S. 189.

nalkonservativen Offiziere und der bürgerlichen Honoratioren, die den Kern der Verschwörung bildeten. Die bleibende Aktualität des 20. Juli wird sich daher erst im Medium der Historisierung entfalten. Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer am bevorstehenden Jahrestag des 20. Juli zu gedenken, steht außer Frage. Aber was hat er uns, den Nachgeborenen, noch zu sagen? Wo liegt heute das Maßstabsetzende dieses Denkens und Handelns?

Allgemeiner gefragt, taugen Persönlichkeiten wie Oberst Claus Graf Stauffenberg und Generalmajor Henning von Tresckow oder auch der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber oder der Jurist Helmuth James von Moltke noch als Identifikationsfiguren einer „postheroischen Gesellschaft“ (Münkler), die sich derzeit vor allem an ihren neuen jugendlichen „Helden“ wie Greta Thunberg, Rezo oder Luisa Neubauer berauscht? Oder bietet die konservative, nationale, oft elitäre und antiliberale, ständestaatlich ausgerichtete Ideenwelt vieler „Frondeure gegen Hitler“ nur noch einen Orientierungspunkt für rechtsorientierte, identitäre Geister?

Diese Fragen gewinnen an Gewicht, weil die Deutungskämpfe um den 20. Juli seit einiger Zeit in eine neue Runde gegangen sind. Das ist erst einmal eine gute Meldung, denn Gedenktage bleiben nur lebendig, wenn der Vorgang und das Personal, auf das sie sich beziehen, einen Stachel besitzen, der dazu anregt, grundlegende Nachfragen nach ihrem Sinn und ihrer Bedeutung immer wieder neu zu stellen.⁵

Der 20. Juli besaß von Beginn an diesen Stachel. Stets war er ein Spiegel bundes- und auch gesamtdeutscher Selbstentwürfe.

Der 20. Juli, der deutsche Widerstand und die Geschichtspolitik

Nach dem Ende des Krieges hatten die Verschwörer nicht allein mit dem immer wieder hervorgebrachten Vorwurf des Verrats zu rechnen, sondern auch mit der Verantwortungsabwehr jener, die beanspruchten, stets und ständig „in gutem Glauben“ ihre Pflicht getan zu haben.⁶ Schließlich hatte die übergroße Mehrheit der Deutschen bis zum bitteren Ende des 8. Mai 1945 durchgehalten.

Noch am Abend des 20. Juli 1944 hatte Hitler in einer hasserfüllten Rundfunkrede von „einer ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere“ gesprochen. Dieser Versuch einer Relativierung der Verschwörung zu einer Art Palastrevolte wurde durch die einsetzende Verhaftungswelle, zahllose Prozesse, Verschleppungen und Todesurteile zwar widerlegt,⁷ aber aufs Ganze gesehen war der Widerstand des 20. Juli gescheitert und isoliert geblieben. Die deut-

5 Vgl. Peter Steinbach, Der 20. Juli 1944 – mehr als ein Tag der Besinnung und Verpflichtung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ), 27/2004, S. 5-10.

6 Vgl. Johannes Tuchel, Zwischen Diffamierung und Anerkennung: Zum Umgang mit dem 20. Juli in der frühen Bundesrepublik, in: APuZ, 27/2014, S. 18-24.

7 Dazu jetzt Linda von Keyserlingk-Rehbein, Nur eine „ganz kleine Clique“? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944, Berlin 2018.

sche Volksgemeinschaft hielt dagegen noch ein knappes weiteres Jahr zusammen, die Wehrmacht kämpfte an allen Fronten, und erst die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 setzte dem Töten und Morden ein Ende.

In dieser Hinsicht war der 20. Juli ein Stachel im deutschen Selbstbild. Anders als die Mehrheitsgesellschaft wahrhaben wollte, war eine entschiedene Haltung gegen Regime, Krieg und Staatsverbrechen möglich gewesen. Dass die Tat des 20. Juli jedoch die „Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte“, „durch ihr Blut [...] wieder weggewischt“ habe, wie der erste Bundespräsident Theodor Heuss 1954 konstatierte,⁸ wird man mit guten Gründen bestreiten können. In den 1950er Jahren lehnte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Widerstand ab, und diese Distanz blieb auch in den folgenden Jahrzehnten erhalten. Indem die offiziellen Gedenkrede den 20. Juli in die Polarisierung zwischen Ost und West einordneten, die Widerständler als Vorkämpfer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eingemeindeten und jene ausbürgerten, die erkennbar für etwas anderes standen (wie der kommunistische Widerstand), blieb der Blick auf die Handelnden verklärt. Entworfen wurde ein Bild tragischer Lichtgestalten und reiner Helden, deren Ambivalenzen, innere Widersprüche und Entwicklungen nur wenig Aufmerksamkeit fanden. Widerstand wurde zum „Ausnahmefall“ deklariert, der zwar zur Mahnung taugte, aber mit dem Alltags Handeln wenig gemeinsam hatte.

Die Mischung aus offizieller Weihe, schleppender Wiedergutmachung, schwelenden Vorbehalten und öffentlicher Distanz brach erst auf, als sich ab den 1970er Jahren ein integratives und ausdifferenziertes Bild vom Gesamtkomplex „Widerstand gegen Hitler“ durchsetzte. Jetzt weitete sich der Blick allmählich für die Vielfalt der Positionen und Haltungen jener Kräfte und Einzelpersonen, die sich gegen das Regime gewandt hatten, ihm aktiv widerstanden, die im Alltagsleben um Selbstbehauptung rangten, sich den Regimezumutungen entzogen (wie die Deserteure), als stille Helfer „aktiven Anstand“ (Fritz Stern) praktizierten oder als Ausdruck von „Resistenz“ demonstrativ an ihren herkömmlichen Lebensformen festhielten.⁹ Dabei gab es kein Schwarz-Weiß; oft überschritten sich systemkonformes Mitmachen und oppositionelles Gegenhandeln. Auch hier zeigte sich, dass das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten größer war, als das allzu hermetische Bild eines totalitären Regimes hatte zugestehen wollen.

Die Vielfalt, die sich einem differenzierenden Blick auf die Vergangenheit erschloss, konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Akteure und Kleingruppen, die sich so oder so gegen das Regime gestellt oder sich diesem entzogen hatten, nur selten Repräsentanten von (Gegen-)Institutionen waren, an die nach Kriegsende ohne weiteres angeknüpft werden konnte. Im Großen und Ganzen blieben sie auf sich selbst gestellt. Unübersehbar war auch, dass es für die heterogenen Kräfte und Bestrebungen letzt-

8 Zit. nach Tuchel, a.a.O., S. 23.

9 Vgl. Martin Broszat, *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945“* (1981), in: ders., *Nach Hitler: Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, München 1986, S. 68-91.

lich keinen gemeinsamen Nenner gab. Im politischen Kerngeschehen ging es darum, dass Hitler und sein Regime beseitigt werden mussten, wenn Deutschland in der Gemeinschaft der Völker künftig noch einen Platz beanspruchen wollte. Aber was das hieß, war selbst wieder heftig umstritten, und die elementaren Formen alltäglicher Resistenz bewegten sich ohnehin in einem sehr begrenzten Aktionsfeld.¹⁰

Mit der Weitung der Perspektiven veränderte sich der historische Ort des 20. Juli. Die Verschwörung steht seither nicht mehr exklusiv und monolithisch im Zentrum des Widerstandsbildes, ohne freilich ihre überragende politische Bedeutung einzubüßen. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin hat diese Öffnung – nicht ohne Kontroversen – nachvollzogen und präsentiert seit längerem ein differenziertes Bild der verschiedenen Facetten der Gegnerschaft zum NS-Regime. Dabei wird Wert gelegt auf die unterschiedlichen und oft widersprüchlichen Formen des Zusammenhandelns, der Kooperation und der schrittweisen Verständigung zwischen den verschiedenen Strömungen und Einzelpersonen. Sichtbar wird eine *Pluralität von Handlungen und Haltungen*, die exemplarisch als Bedingung politischen Handelns verstanden werden kann, und zwar auch dort, wo sie nicht mit dem Extremfall konfrontiert ist. Von gleichrangiger Bedeutung ist die Schärfung des Blicks für das, was als die *politisch-moralische Substanz* des Widerstands gelten darf – und zwar unabhängig von den konkreten Zukunftsvorstellungen dieser oder jener Kräfte und Personen. Das ist der Kontext, in dem auch heute wieder die Nachfragen an eine Person wie Stauffenberg, an das Handeln der Militäropposition und nach dem politisch-moralischen Gehalt des deutschen Widerstands aktuell geworden sind.

Die Militäropposition gegen Hitler und die Regimeverbrechen

Vor allem die Militäropposition gegen Hitler war in den vergangenen Jahren mit dem moralischen Vorwurf konfrontiert, sie habe vergleichsweise zögerlich und spät auf die NS-Verbrechen und vor allem auf die Judenvernichtung reagiert. Zudem stellte sich heraus, wie sehr manche der Verschwörer aktiv oder passiv in die NS-Verbrechen an der Ostfront involviert waren.¹¹ Für den Widerstand der nationalkonservativen Militärs, so der Vorbehalt, seien vor allem elitäre und machtpolitische Motive wichtiger gewesen als die Auflehnung gegen die Menschheitsverbrechen des Regimes. Aus diesem Grunde ist den Verschwörern mitunter die Legitimation entzogen worden. – Handel-

10 Vgl. Hans Mommsen, *Widerstand und Dissens im Dritten Reich*, in: Klaus-Dietmar Henke und Claudio Natoli (Hg.), *Mit dem Pathos der Nüchternheit*, Frankfurt a. M. und New York 1991, S. 107-118.

11 Die Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr (MGFA) haben seit den späten 1970er Jahren darüber Auskunft gegeben. Öffentliche Bewegung in die Debatte kam seit Mitte der 1990er Jahre mit der Hamburger Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, 1941-44“. Auslöser war seinerzeit u.a. ein Beitrag von Christian Gerlach, *Die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion*, in: Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburg 1995, S. 427-446; als Antwort vgl. Marion Gräfin Dönhoff, Richard von Weizsäcker, *Wider die Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen*, in: „Die Zeit“, 8.3.1996.

ten die nationalkonservativen „Offiziere gegen Hitler“ (Schlabrendorff) aus gleichsam minderen Motiven? Gab es in der Wehrmacht einen Widerstand zweiter Ordnung, der nur noch als Identifikationsobjekt rechtsgerichteter Kreise taugt?

Man sollte Motivationskriterien und Beurteilungsmaßstäbe auseinanderhalten, wenn man der Militäropposition gerecht werden will.¹² Interessanter und aktuell brisanter als eine Moralisierung der Motivlagen ist die Frage, die Winfried Heinemann zum Mittelpunkt seiner Militärgeschichte des Widerstands gemacht hat: *Wie und wann* kamen die Massenverbrechen des Regimes (und die Beteiligung der Wehrmacht) in den Blick der Militärs?¹³ Folgt man dieser Perspektive, wird man rasch gewahr, wie eng militärische Fachkritik an der Kriegführung, nationalkonservative Überzeugungen und moralisch-ethische Motive miteinander verknüpft waren. Kurz gesagt, man konnte als Militär aus militärfachlichen Gründen zu der Auffassung gelangen, Hitler sei ein Verhängnis und müsse beseitigt werden. Denn dieser, so bündelte Stauffenberg 1942 seine fachliche und zugleich moralische Abkehr vom „Führer“, war ein „Narr und Verbrecher“.¹⁴

Bei den späteren Verschwörern führte die militärisch begründete Kritik über mehre Etappen in den dezidierten Widerstand. Um dahin zu gelangen, mussten die Militärs erkennen, dass Hitler dabei war, Kriege ohne Ziel und Ende zu führen. In seiner sozialdarwinistisch-rassistischen Weltanschauung war der Kampf zur normalen Daseinsform geworden. Die Militärs gaben sich hingegen lange der Selbsttäuschung hin, Hitler führe konventionelle, machtpolitisch motivierte Feldzüge, während dieser säkulare End- und Vernichtungskriege in Szene setzte, die sich letztlich gegen das deutsche Volk selbst wendeten.

Hatte man diese Einsicht gewonnen, wurde unübersehbar, dass der „Führer“ und das NS-Regime jegliche Fähigkeit verloren hatten, Frieden zu schließen. Gerade das aber war letztlich die herkömmliche Prämisse des Zweck-Mittel-Denkens in der europäischen Kriegführung. Spätestens an diesem Punkt und (erst) im Rahmen des Ostfeldzuges gegen die Sowjetunion wurden die Massenverbrechen an Kriegsgefangenen, Partisanen, Juden und Zivilbevölkerung für die opponierenden Militärs zum Skandalon. Hitler und sein Regime stellten nicht allein Ehre und Anstand in Frage (für das Militär nicht zu vernachlässigende ethische Maximen), verspielt wurde auch jede noch verbliebene Chance, Verhandlungspartner für einen Friedensschluss oder Waffenstillstand zu finden. Die „professionelle Einsicht“, folgert Heinemann, dass hier eine Perversion des Krieges zum Völkermord Platz gegriffen hatte, die weder Ziel noch Ende oder Einhalt kannte, trieb die Verschwörer dazu, das „moralisch Richtige“ zu tun.¹⁵

Der „Aufstand des Militärischen“ (Heinemann) erfolgte somit nicht aus gesinnungsethischen oder pazifistischen Beweggründen, sondern aus einer

12 Dazu vgl. Jan Philipp Reemtsma, *Theorie der Moral nach Todorov und Luhmann*, in: ders., „Wie hätte ich mich verhalten?“ und andere nicht nur deutsche Fragen, München 2001, S. 75-100, hier S. 98.

13 Winfried Heinemann, *Unternehmen „Walküre“*. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, München 2019.

14 Zit. nach Heinemann, ebd., S. 148.

15 Ebd., S. 158.

verantwortungsethischen Haltung heraus, die weder den zu erwartenden Vorwurf des Hoch- und Landesverrats noch die inzwischen ausweglose Lage des Reiches scheute, den letzten Schritt zu wagen. Dem Entschluss zu Attentat und Staatsstreich vorausgegangen war die für die Offiziere so schwierige Einsicht, dass die Eidbindung dann gegenstandslos wurde, wenn der Eidnehmer selbst (also Hitler) die Grundlagen der Gegenseitigkeit und der Gerechtigkeit aufgekündigt hatte.¹⁶

Zugleich kam noch etwas anderes in der Auflehnung gegen den Oberbefehlshaber zum Ausdruck. Mit der Dimension totaler Kriege, die seit dem Ersten Weltkrieg eine „Vergesellschaftung der Gewalt“ (Michael Geyer) mit sich gebracht hatte, war die militärische Profession als solche in eine Krise geraten. Das Militär war nun mit gesellschaftlich-politischen Dimensionen der Kriegsmaschinerie konfrontiert, die man vorher gern ausblendete. Die Antworten darauf konnten freilich unterschiedlich ausfallen, aber die Ära des Unpolitischen war ebenso zu Ende gegangen wie die Fraglosigkeit des „unbedingten Gehorsams“.¹⁷ Die Militäropposition war auch darauf eine Antwort.

Der allmähliche Abschied vom Unbedingten – das Beispiel Stauffenberg

Für die Konsequenz, mit der er seinen Auffassungen bis in den Tod folgte, steht Claus Schenk Graf von Stauffenberg alleine da. Die Einsamkeit des Attentäters hat jedoch dazu beigetragen, sein Bild zu mystifizieren. Auch bei der Stauffenberg-Biographie von Thomas Karlauf stellt sich die Frage, ob der Autor dieser Faszination nicht erlegen ist. Seinem Vorhaben, den Grafen „in die Mitte der Gesellschaft“ zu stellen, legt er selbst Hindernisse in den Weg, wenn er mit Blick auf das Attentat von einem „Ethos der Tat“ spricht, das „weder Ruhm noch Ehre (sucht), sein einziger Zweck ist die Tat um ihrer selbst willen.“ Dieses Ethos sei „wertfrei und unterscheidet sich kategorial von allem, was wir unter Haltung und Gesinnung verstehen.“¹⁸ – Wie schlüssig ist diese Auffassung?

Die Plausibilität von Karlaufs Sichtweise scheint sich zunächst zu bestätigen, wenn man den 1907 geborenen Stauffenberg in den historischen Kontext der „Generation des Unbedingten“ (Michael Wildt) stellt, also jener Jahrgänge der sogenannten Kriegsjugendgeneration, die nach 1900 geboren wurden. Tatsächlich folgte eine starke politische Kohorte dieser Altersgruppe Hitler, Himmler oder Heidrich auf die Kommandohöhen des Dritte Reiches, um dort Institutionen des Terrors (beispielsweise das Reichssicher-

16 Vgl. Erich Kosthorst, Die Geburt der Tragödie aus dem Geist des Gehorsams. Deutschlands Generale und Hitler, Bonn 1998.

17 Vgl. dazu Michael Geyer, Moral und militärisches Handeln – eine militärische Einordnung des 20. Juli, in: „EPD-Dokumentation“, 5/1995, S. 35-42; zum Gesamtproblem vgl. Klaus Naumann, Militär – Politik – Professionalismus, in: „Militärgeschichtliche Zeitschrift“, Sonderheft 2017, S. 91-98.

18 Karlauf, a.a.O., S. 292, mit Berufung auf Michael Wildt, Ethos der Tat. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, in: Ursula Breymayer, Bernd Ulrich und Karin Wieland (Hg.), Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt a.M. 1999, S. 134-154, hier S. 148.

heitshauptamt, RSHA) zu errichten. Andere wie die Gebrüder Stauffenberg standen ganz im Bann der elitären Verheißungen und aktivistischen Gebote des Dichturfürsten Stefan George. Zwischen diesen Strömungen gab es Berührungspunkte, die beispielsweise in Visionen des Neuen Reichs, dem Anspruch elitärer Auserwähltheit oder der visionären Tatentschlossenheit zum Ausdruck kamen.¹⁹ Der Nationalsozialismus bot diesen Ambitionen und Dispositionen nach 1933 einen enormen politischen, ideologischen und institutionellen Entfaltungsraum, der ein zügelloses Radikalisierungspotential freisetzte. Dies gipfelte, wie Ulrich Herbert schrieb, in „einem entleerten Idealismus der Tat“.²⁰ Michael Wildt resümiert: „Die Tat legitimierte sich selbst. Was die Weltanschauung dieser Generation auszeichnete, waren nicht so sehr spezifische politische Inhalte als vielmehr eine bestimmte Struktur politischen Denkens. Politik zielte immer auf Unbedingtheit, auf das Ganze, durfte weder einer regulierenden Norm noch irgendeinem Moralgesetz unterworfen sein.“²¹

Die Person und vor allem die Entwicklung Stauffenbergs wird man in diesem Generationsporträt freilich nur bedingt wiedererkennen. Es empfiehlt sich, die Perspektive umzukehren. Das eigentliche Faszinosum des Attentäters zeigt sich darin, dass und wie er die Kraft fand, von den Leitbildern seiner Generation und den Regimeangeboten Abstand zu gewinnen. Bemerkenswert war seine Fähigkeit und sein Mut, nicht in kritischer oder überheblicher Distanz zu verharren, sondern den Weg in den organisierten Widerstand und die Staatsstreichplanung zu finden, der ihn schließlich zur Ausführung des Bombenanschlags auf Hitler führte. Der Schlüssel dazu liegt nicht allein im geistigen Erbe des George-Kreises (wie Karlauf nahelegt), sondern nicht zuletzt im allmählichen Abschied vom Haltungsideal des Unbedingten. In dieser wie in keiner anderen Hinsicht ebnete Stauffenberg (wie die anderen Verschwörer und der Widerstand generell) den Weg in die politische Kultur Nachkriegsdeutschlands. Daher ist es zwar berechtigt, aber unfruchtbar, immer wieder auf die durchgängig „elitäre Haltung“ Stauffenbergs zu verweisen²² oder etwas schulterzuckend zu konstatieren, „politisch“ habe uns der Graf „heute nichts mehr zu sagen“, wenn wir auch seine „Entschlossenheit“ in Ehren halten sollten.²³

Wie vollzog sich der Ablösungsprozess vom Unbedingten, den Stauffenberg durchlief und der zu einer Triebkraft seiner Entschlossenheit wurde? Diese Entwicklung ist heute von umso größerem Interesse, als sich derzeit „grassierende Unbedingtheiten“ identitärer Selbstverortung breitmachen.²⁴ Da lohnt es sich, am Extrembeispiel Stauffenberg den Weg einer geistigen

19 Vgl. Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1993; Thomas Karlauf, *Stefan George. Die Entdeckung des Charisma*, München 2007.

20 Ulrich Herbert, *Wie nah stand Stauffenberg der Gedankenwelt der Nazis?*, in: „Der Spiegel“, 8.3.2019.

21 Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 854.

22 So auch Karlauf, *Stauffenberg*, a.a.O., S. 298.

23 Wildt, *Ethos der Tat*, a.a.O., S. 150.

24 Armin Nassehi, *Was heißt es denn, eine Frau zu sein?*, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9.4.2019.

Selbstrelativierung zu vergegenwärtigen, die gleichwohl von der eigenen Person und Herkunft nichts preisgibt.

Für den Offizierberuf beanspruchte Stauffenberg im Anschluss an seinen Urahn, den preußischen Militärreformer Gneisenau, eine Teilhabe an der „Gesamtverantwortung“ des Staates: „Wir können es uns nicht leisten, uns in den rein soldatischen, soll heißen rein fachlich beruflichen Bereich zurückzuziehen“, schrieb er 1939.²⁵ Dieser Anspruch trug unübersehbar elitäre Züge, besaß in der Konfrontation mit dem NS-Regime und seiner Kriegführung aber ein kritisches Potential, das in der Opposition gegen die Entscheidungen des „Führers“ zum Ausdruck kam. Je entschiedener diese Kritik wurde, desto mehr riskierte Stauffenberg, gegen den Regimekonformismus des Offizierkorps zu verstoßen. Die dort vorherrschende Auffassung eines „unbedingten Gehorsams“, die im personalen Eid auf Hitler formuliert worden war, wurde von den Verschwörern nicht geteilt. Sie sahen die Gegenseitigkeit der Eidesbindung durch Hitler verletzt und sich daher selbst von der Treuepflicht entbunden. Die bundesdeutsche Wehrverfassung hat daraus die Auffassung abgeleitet, vom Bundeswehrsoldaten allein einen bedingten, das heißt gesetzgebundenen Gehorsam zu fordern.

Diese befreiende Erkenntnis in den Reihen der Militäropposition hatte Weiterungen, die letztlich aus dem preußisch-deutschen Staatsmythos herausführten. Bislang hatten sich Soldaten (wie Beamte) einem quasi ewigen Staat verpflichtet gefühlt, dessen Treuhänderschaft sie gegen die ungeliebte Staatsform der Weimarer Republik kehrten. Angesichts des nationalsozialistischen Führer- und Bewegungsstaats, der alle überkommenen Institutionen unterhöhlt, hatte die vermeintliche Unbedingtheit dieses Staatsbildes jedoch dramatischen Schiffbruch erlitten. Erst jetzt stellte sich, auch für Stauffenberg, die Einsicht in die Relevanz der Staatsform (Verfassung u.a.m.) ein, die bislang als sekundäres Revier von Politik und Parteien galt. Gewiss waren die Programmdiskussionen des Widerstands über Verfassungsfragen zäh; ein gemeinsamer Nenner war schwer zu finden. Doch es überrascht, wie intensiv sich Stauffenberg 1944 an der Redaktion der politischen Dokumente der Staatsstreichplanung beteiligte.²⁶ Er war einbezogen in Verhandlungen und Kompromissbildungen, Kontaktaufnahmen mit anderen sozialen Gruppen (bis hin zu den Kommunisten) und Überlegungen über die ersten Schritte, die nach einem erfolgreichen Attentat ergriffen werden sollten.

Seine abweichenden Positionen kamen in dem hinterlassenen Dokument „Eid“ oder „Schwur“ (Juli 1944) zum Ausdruck, in dem der Ruf nach „Recht und Gerechtigkeit“ neben der Zurückweisung der „Gleichheitslüge“ und der Ehrfurcht vor den „naturgegebenen Rängen“ steht.²⁷

Gewiss, Stauffenberg wurde niemals zum „lupenreinen Demokraten“ im Sinne des Grundgesetzes, aber seine schrittweisen und folgenreichen Einsichten in die politisch-moralischen Bedingtheiten und Begrenzungen von

25 Dokumentiert in: Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Anhang III, S. 457-460, hier S. 459.

26 Ausführlicher als Karlauf informiert über diesen politischen Prozess Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, S. 317 ff. und 351 ff.

27 Zit.nach Peter Hoffmann, a.a.O., S. 463 ff., hier S. 467.

Macht und Herrschaft sind aus seinem „Ethos der Tat“ nicht wegzudenken. Dazu gehört auch seine entschiedene Stellungnahme gegen die Massenverbrechen im Osten und die Judenvernichtung. Im August 1942 äußerte er sein Entsetzen über „die Behandlung der Bevölkerung“ und die „Judenbehandlung“, die den Krieg hätten „ungeheuerlich“ werden lassen. Die „letzte Ursache“ dafür liege, „darüber bin ich mir nun vollkommen im Klaren, in der Person des Führers und im Nationalsozialismus.“²⁸

Zweierlei Zukunft: Was bleibt vom Widerstand ?

Was für Stauffenberg gilt, trifft im Großen und Ganzen auf den gesamten Widerstand des 20. Juli zu. Er geht nicht auf in seinen Programmschriften, aber er erschöpft sich auch nicht im „Opfergang“ (Alexander Fest), einer symbolischen Tat oder im Märtyrertum. Wichtig ist und bleibt, was dazwischen liegt.

Die Gesellschaftsbilder und Verfassungspläne, die im Widerstand diskutiert und zum Teil programmatisch verdichtet wurden, trugen vorläufigen Charakter. Sie waren geprägt von der internationalen Isolation der Akteure, der Traditionslast spezifisch deutscher, und das hieß vor allem antipluralistischer Ordnungsvorstellungen („deutscher Weg“), und sie entbehrten nicht – gerade auch bei Stauffenberg – diktatorischer Züge, selbst wenn diese nur für eine Übergangszeit vorgesehen waren. Einen direkten Weg zum Grundgesetz gab es von hier aus nicht. Doch schon Hans Mommsen hatte in einer frühen Bestandsaufnahme dieser Vorstellungswelt darauf hingewiesen, dass es verfehlt sei, „die Legitimation des Widerstands allein an seinen an eine bestimmte historische Situation gebundenen gesellschafts- und verfassungspolitischen Vorstellungen zu messen.“²⁹

Der heutige Zeitgenosse muss also hinter diese Kulisse blicken, um die politisch-moralische Substanz des Widerstands angemessen zu verstehen und zu würdigen. Dann zeigt sich, dass die Verschwörer des 20. Juli gewissermaßen mit zweierlei Zukunft hantierten. Zum einen entwickelten sie zeitgebundene politisch-gesellschaftliche Vorhaben bis hin zu Goerdelers Regierungserklärung. Indem sie um konkrete Zukunftsfragen rangen, verhalfen sie zum anderen einem politisch-moralischen Muster und einer Haltung zu einem neuen Geltungsanspruch, der unter dem NS-Regime in Verfall geraten war. „Der deutsche Widerstand“, bilanzierte Hans Mommsen diese zukunfts offene Dimension, „kämpfte für die Würde und christliche Bestimmung des Menschen, für Gerechtigkeit und Anstand, für die Freiheit der Person vor politischer Gewalt und sozialem Zwang.“³⁰

28 Vgl. Karlauf, Stauffenberg, S. 208f.

29 Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner und Hans Buchheim (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln 1966, S. 73-168, hier S. 166; vgl. auch ders., Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen um den 20. Juli 1944, in: Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 570-598.

30 Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 166.

Den Schritt von den heute so befremdlichen Zügen des Widerstands zum Erkennen des überdauernden Anspruchs der Widerständigkeit hat keiner prägnanter in Worte gekleidet als der damals in Hamburg lehrende Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis in seiner Rede am 20. Juli 1964.³¹ Rundheraus bekannte Hennis, dass er die Pläne der Verschwörer für wenig akzeptabel hielt: „Im Parteienstaat von heute fühlten sie sich fremd.“ Dahinter wurde für ihn jedoch etwas anderes sichtbar: „Das, was sie auf den ersten Blick zu Fremdlingen in unserem Staat der Bundesrepublik machen würde, ist es doch, was dieses Gemeinwesen, seine verfasste Ordnung im tiefsten sein möchte: ein Staat der Menschenwürde, der Humanität, in dem Lauterkeit und Anstand nicht nur möglich [...], sondern das feste Band mitbürgerlicher Gesinnung sein sollen.“

Hennis hatte damit nicht nur eine Zeitbrücke in die Gegenwart geschlagen, sondern auch die extreme Tat mit einer alltagspraktischen Haltung verknüpft, die uns nicht fremd sein sollte. Dabei geht es um einen grundsätzlichen Aspekt der demokratischen Lebensform.

In der Regel wird diese Problematik als Frage nach den vorpolitischen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates diskutiert.³² Mit Blick auf den Widerstand des 20. Juli verschiebt sich die Perspektive auf die Frage, welcher vorpolitischen Voraussetzungen eine Demokratiegründung bedarf. Die Antwort gibt Auskunft über den überzeitlichen Bedeutungsgehalt des 20. Juli. Wenn es zutrifft, dass die Legitimität des Verfassungsstaates von „Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann“ (so die berühmte Formel des Verfassungsrechtlers Böckenförde), dann gehen diese Voraussetzungen als notwendige, wenn auch nicht durchweg hinreichende Bedingungen auch in den Prozess der Demokratiegründung ein. Gerade dort, wo Legitimität noch nicht aus Legalität erzeugt wird (um Jürgen Habermas zu paraphrasieren), besteht ein eminenten Geltungsbedarf an Sittlichkeit – also an genau jener Haltung und Einstellung, die sich jenseits der zeitgebundenen Zukunftsvorstellungen im Widerstand gegen Hitler dokumentierte.

Hier liegt die von Thomas Karlauf annoncierte „Mitte der Gesellschaft“, in der auch ein Stauffenberg seinen Platz hat, ja haben muss. Diese Einsicht hat indessen eine aktuelle Konsequenz, die von Habermas angedeutet worden ist. Bei bröckelnder Legitimation des demokratischen Rechtsstaates angesichts einer „entgleisenden Modernisierung“ ist nicht die plakative Parole des „Widerstands“ geboten, sondern die Aktivierung jener „politischen Tugenden“, „auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist.“³³

31 Wilhelm Hennis, Vom Sinn des 20. Juli (1964), in: ders., Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, S. 224-229, hier S. 228.

32 Prominent dabei Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation (1967), in: ders., Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, München 2006, S. 43-72; Jürgen Habermas, Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates, in: ders., Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt a.M. 2005, S. 106-118.

33 Habermas, ebd., S. 110, 111f.